derkörperschaften zusammen (so mit WHO, UNESCO und UNICEF) und mit der Internationalen Vereinigung für geplante Elternschaft. Wesentliche Publikationen zur Demographie (u.a. der jährliche Weltbevölkerungsbericht) werden von ihm herausgegeben; er bereitet zudem die als Ausspracheforum wichtigen Weltbevölkerungskonferenzen und die vorausgehenden Regionaltreffen vor.

Sieben Thesen

1. Familienplanung, bewußtes Sexual- und Reproduktionsverhalten ist aus humanitären, sozialen, ökonomischen und kulturellen Gründen notwendig. Sie ermöglicht bei gegebenem Stand der Produktivkräfte bessere Erziehung und bessere Versorgung der Kinder, größere Selbstverwirklichung der Frau.
2. Schnelles Bevölkerungswachstum vor dem Entwicklungsstart schwächt die Wachstumsimpulse, weil die Befriedigung der Grundbedürfnisse erschwert wird, und bremst daher den Entwicklungsstart. Das Reproduktionsverhalten und das daraus resultierende demographische Gesetz ist selbst spezifisch für jede Entwicklungsphase. Abflachung des Bevölkerungswachstums kann daher nicht Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung sein, sondern ist Teil und Ergebnis dieses Prozesses zugleich.
3. Familienplanung, selbstkontrollierte, verringerte Kinderzahl bedeutet Übergang des Menschen vom biologischen zum biosozialen Wesen, seine soziokulturelle Höherentwicklung. Sie ermöglicht bessere Ausbildung und vermehrte Berufstätigkeit der Frau. Dadurch erhöht sich ihr Beitrag zur gesamten sozioökonomischen Entwicklung, ihre berufliche Unabhängigkeit und ihre Gleichberechtigung. Freie, bewußte Entscheidung über Schwangerschaft und Familiengröße ist die einzig humane Haltung zur Familienplanung. Zwang zur Geburt ungewollter und nicht zu versorgender Kinder dagegen ist inhuman und unsozial.
4. Familienplanung ist besonders in volkreichen Entwicklungsländern nur durchzuführen in völliger Freiwilligkeit und bei aktiver Mitwirkung der Bevölkerung, also durch volle Information, sexuelle Aufklärung, Angebot aller Verhütungsmittel einschließlich des möglichst frühzeitigen, ärztlich durchgeführten Abortes. Voll wirksam wird Familienplanung erst bei allgemein verändertem sozialem Kontext, bei Alphabetisierung, Berufstätigkeit der Frau, umfassender Altersversicherung. Zwangsmaßnahmen führen zum Gegenteil der gewünschten Wirkung.
5. In agrarischen Ländern mit begrenztem Bodenangebot bedeutet Bevölkerungswachstum Verschlechterung der ›man-land-ratio‹, Flurzersplitterung, Betriebsverkleinerung, erhöhte Pachten, niedrigere Arbeitsproduktivität, sinkende Investitionskraft, mehr Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit.
6. Es gibt bisher kein Entwicklungsmodell, in dem die Agrarproduktion stark intensiviert wurde ohne Abwanderung von Arbeitskräften, ohne industriell erzeugte produktionssteigernde Hilfsmittel, ohne Zufluß von fossiler Energie und ohne eine technische Ausrüstung, die Arbeitskräfte ersetzt. Abwanderung aus der Landwirtschaft, aus dem Agrarsektor ist eine entwicklungspolitische Notwendigkeit, muß aber nicht immer Abwanderung aus dem Dorfe bedeuten.
7. Die internationale Gemeinschaft ist verpflichtet, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu sichern; sie ist dazu fähig, wenn wir die Erkenntnisse der Wissenschaften und die Entdeckungen der Technik nutzen. Naturressourcen dürfen nicht verschwendet werden, sondern sind zu schützen und sparsam zur Befriedigung der Grundbedürfnisse aller einzusetzen. Rüstung ist Verschwendung, Kriege sind Verbrechen gegen die Menschheit. Vorsichtige Inanspruchnahme der globalen Ressourcen und menschliches Verantwortungsbewußtsein implizieren auch ein verändertes Reproduktionsverhalten, nämlich freiwillige Familienplanung. Alle Anstrengungen sind auf friedliche Entwicklung und Förderung der armen Schichten zu konzenrieren.

Literaturhinweis

Mit Bevölkerungsfragen hat sich diese Zeitschrift in folgenden Aufsätzen beschäftigt: Hermann Schubnell, Probleme des Wachstums der Erdbevölkerung, VN 4/1969 S.105ff.; Hans Harmsen, Familienplanung wurde ein Menschenrecht (1927—1969), VN 4/1969 S.109ff.; Horst Wiesebach, Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, VN 5/1972 S.143ff.; Christian Tomuschat, »Seid fruchtbar und mehret euch ...«. Zur Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest, VN 4/1974 S.97ff.; J. W. Strobl, Weltbank und Weltbevölkerung, VN 4/1974 S.101ff. Die Ergebnisse der Weltbevölkerungskonferenz 1974 wurden dargestellt in VN 5/1974 S.155ff. Ein Resümee der Weltbevölkerungsberichte 1982 und 1983 findet sich in VN 4/1982 S.140 bzw. VN 5/1983 S.164.

Industrialisierung: Die Illusionen sind verflogen

Die UNIDO vor der Umwandlung in eine Sonderorganisation

PETER HERRMANN

UNIDO IV: Wien statt Nairobi

Zum Jahrzehnt für die industrielle Entwicklung Afrikas hatte die 35. Generalversammlung der Vereinten Nationen die achtziger Jahre erklärt. So lag es nahe, für die anstehende vierte Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)[1] einen Tagungsort auf diesem Kontinent auszuwählen, zumal die vorangegangenen, jeweils von der UN-Generalversammlung einberufenen Veranstaltungen dieser Art je einmal in Europa (1971 in Wien, Sitz der UNIDO), Amerika (1975 in Lima) und Asien (1980 in Neu-Delhi) stattgefunden hatten.
Nairobi, die Hauptstadt des relativ industrialisierten Kenia, war als Konferenzort vorgesehen, und bereits 1981 fanden Gespräche zwischen Vertretern der UNIDO und der kenianischen Regierung über die Abhaltung dieser Tagung in Nairobi statt. Allerdings sah sich die kenianische Regierung im Verlauf des Jahres 1983 wegen der »äußerst ernsten wirtschaftlichen Lage« gezwungen, ihr Angebot zur Ausrichtung der Konferenz zurückzunehmen. Da sich kurzfristig kein anderer afrikanischer Staat dazu bereit fand, UNIDO IV zu beherbergen, begrüßte der Vorbereitungsausschuß ein Angebot der österreichischen Regierung, die Konferenz in Wien auszurichten. Sie wird nun vom 2. bis 18. August 1984 dort stattfinden. Das Scheitern des Planes, UNIDO IV in Afrika zusammentreten zu lassen, mag bereits gedämpfte Erwartungen hervorrufen.

Schon die vorangegangene dritte Generalkonferenz erfüllte nicht die in sie gesetzten Erwartungen. Zuvor, 1975, hatte UNIDO II vor allem durch die Zielvorgabe, die Entwicklungsländer sollten bis zum Jahr 2000 einen Anteil von 25 vH an der Weltindustrieproduktion erreichen, weltweites Aufsehen erregt. Angesichts der bisherigen Entwicklung des Anteils der Entwicklungsländer an der weltweiten Industrieproduktion von etwa 8 vH im Jahre 1960 auf knapp 11 vH im Jahre 1980 erscheint diese Forderung nicht mehr realisierbar. Sie wurde denn auch (in Neu-Delhi) durch die Forderung nach einem Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel von 30 vH im Jahre 2000 ersetzt. Gerade weil die gegenwärtige Bilanz des industriellen Fortschritts in den Entwicklungsländern nicht sehr positiv ausfällt, gibt sie Grund genug, die Ziele und Strategien zu überdenken, zu revidieren oder neu zu formulieren. Dafür

könnte die vierte Generalkonferenz der UNIDO als geeignetes Forum dienen. Da das Unerreichbare bereits auf den vorangegangenen Generalkonferenzen diskutiert wurde, steht UNIDO IV nun vor der Herausforderung, zum Machbaren zurückzukehren.

Überschattet wird die Generalkonferenz auch von der sich weiter verzögernden Umwandlung der UNIDO von einem autonomen Spezialorgan der Generalversammlung in eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Selbständigkeit im Personal- und Finanzbereich. Die Hoffnung, daß die UNIDO die bevorstehende Generalkonferenz bereits als Sonderorgan erleben würde, schwand im Verlauf des langwierigen Ratifizierungsprozesses der 1979 verabschiedeten Verfassung[2].

Vom Spezialorgan zur Sonderorganisation

Die Ursprünge dieser an sich relativ jungen Einrichtung des UN-Systems gehen zurück auf den Januar 1952. Damals beauftragte die 6. Generalversammlung der Vereinten Nationen den Wirtschafts- und Sozialrat mit Studien für ein beschleunigtes Industrialisierungsprogramm. Im Verlauf der frühen fünfziger Jahre wurden daraufhin mehrere Berichte, darunter auch eine umfassende Bibliographie über Fortschritt und Probleme der Industrialisierung, erstellt. Nach weiteren Studien etwa über Kapitalintensität, Direktinvestitionen und Förderung der Kleinindustrie in Entwicklungsländern wurde vom Wirtschafts- und Sozialrat 1960 ein ständiger Ausschuß für industrielle Entwicklung eingerichtet, dem später ein Zentrum für industrielle Entwicklung zugeordnet wurde (welches seinerseits aus der seit 1956 bestehenden Unterabteilung für Industrie des UN-Sekretariats hervorgegangen war). Das Zentrum bestand aus zwei Abteilungen, einer für Forschung und Auswertung sowie einer technologischen Abteilung. Ein Expertenstab wurde aufgebaut und Entwicklungsländern auf Anfrage zur Verfügung gestellt. Doch das Zentrum konnte die Anforderungen der Entwicklungsländer nicht zufriedenstellend erfüllen. Während einige Staaten nur einen Ausbau des Zentrums für industrielle Entwicklung anstrebten, forderten andere die Errichtung einer Sonderorganisation.

Im März 1963 befand dann ein zehnköpfiges Beratergremium, daß die Ressourcen der Vereinten Nationen für die Förderung der industriellen Entwicklung weitaus zu gering seien, und empfahl die Einrichtung eines speziellen Organs unter der Kontrolle der Generalversammlung. Über die Einbindung desselben in das UN-System gingen die Meinungen auseinander. Die meisten Entwicklungsländer befürworteten eine selbständige Organisation mit eigenen finanziellen Ressourcen; demgegenüber sprachen sich die Industrieländer für eine integrierte Lösung innerhalb des UN-Sekretariats aus. Erst nach einer langen Debatte in der Generalversammlung konnte diese Streitfrage entschieden werden. Am 20. Dezember 1965 wurde mit Resolution 2089 (XX) die Gründung einer autonomen Organisation innerhalb der Vereinten Nationen zur Förderung der industriellen Entwicklung beschlossen. Verwaltung und Forschung sollten aus dem regulären UN-Haushalt finanziert, die Aktivitäten durch freiwillige Beiträge sowie durch Mittel des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) getragen werden. Die von einem Sonderausschuß erarbeitete Satzung des neuen Spezialorgans der Generalversammlung wurde von dieser am 17. November 1966 angenommen[3]. Zum 1. Januar 1967 wurde die UNIDO ins Leben gerufen. Als autonomes Spezialorgan bzw. Sonderkörperschaft hat sie eine ähnliche Stellung im System der Vereinten Nationen wie die Handels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD oder das Weltkinderhilfswerk UNICEF.

Die Gründungsphase der UNIDO fiel in eine Zeit der wirtschaftlichen Prosperität in den westlichen Industrieländern, des noch ungebrochenen Glaubens an den technischen Fortschritt und in den meisten afrikanischen Ländern in eine Phase der Euphorie angesichts der gerade erreichten politischen Unabhängigkeit. Sie erhofften sich schnellen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung mit Hilfe ehrgeiziger Industrialisierungspläne, nachdem die kolonialen Fesseln abgeschüttelt waren. Und sie setzten Vertrauen in die neugegründete UNIDO, die frei war vom neokolonialen Beigeschmack der Entwicklungsagenturen der Industrieländer und den ökonomischen Interessen privater Investoren.

Im Laufe der siebziger Jahre ist dann die Forderung nach einer Umwandlung der UNIDO in eine Sonderorganisation erneut in den Vordergrund getreten. Die Umwandlung soll der UNIDO mehr Unabhängigkeit gewähren, um stärker auf die Bedürfnisse der Dritten Welt eingehen zu können und die weltweite industrielle Zusammenarbeit zu stärken. Als Sonderorganisation hätte die UNIDO eigene Budget- und Personalhoheit; im Programmbereich bliebe sie nicht länger hauptsächlich auf die Rolle einer Durchführungsorganisation des UNDP beschränkt und könnte dadurch flexibler auf Anforderungen reagieren.

Bereits am 8. April 1979 wurde in Wien mit der Verabschiedung der Verfassung durch eine Staatenkonferenz[4] der Grundstein für die Umwandlung gelegt, diese jedoch an zwei Bedingungen geknüpft: Ratifizierung der Verfassung durch mindestens 80 Mitgliedstaaten und Sicherung des Haushalts zu 80 vH.

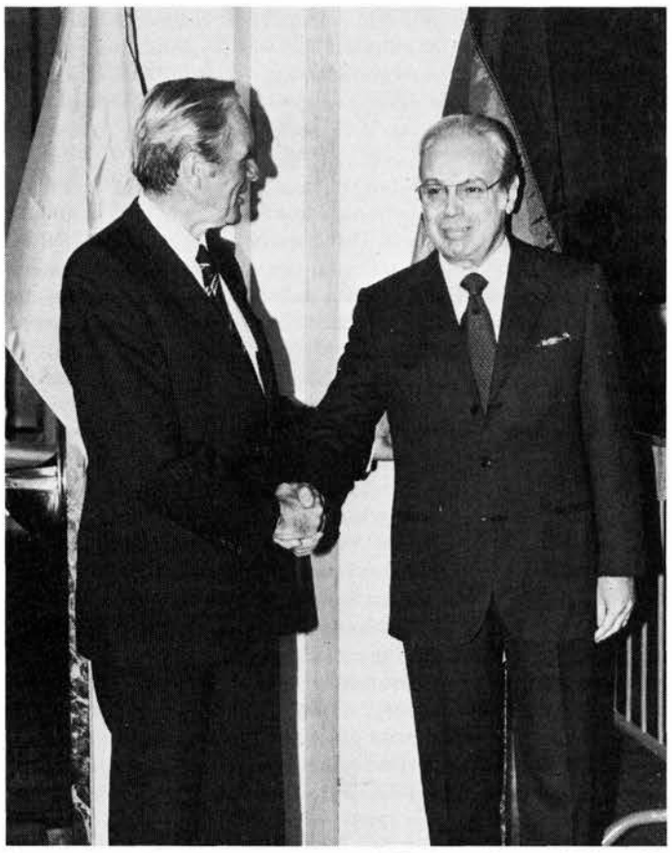
Im vergangenen Jahr hatten zwar schon im Frühjahr 98 Staaten — meist Entwicklungsländer — die Verfassung ratifiziert; das Beitragsaufkommen für den Haushalt war aber noch nicht ausreichend gesichert. Erst mit der Ratifizierung durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 1983 wurde auch die weitgehende Sicherung des Haushaltes (zu 83 vH) erreicht. Da die Bedingungen nun erfüllt sind, steht die Umwandlung möglicherweise zum 1. Januar 1985 bevor. Allerdings haben die Ostblockländer (mit Ausnahme von Rumänien und Ungarn) die Verfassung noch nicht ratifiziert, und es wird vermutet, daß sie die Ratifizierung als Druckmittel für Wünsche in der Personalpolitik, aber auch zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Vorstellungen auszunutzen suchen.

Aufgabenstellung und Arbeitsschwerpunkte

Der UNIDO wurde durch Resolution 2152(XXI) folgender Aufgabenbereich zugewiesen:

> Förderung der industriellen Entwicklung in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen und
> Mobilisierung nationaler und internationaler Ressourcen zur Förderung der Industrialisierung von Entwicklungsländern, besonders im verarbeitenden Sektor. Im einzelnen:
  - — Förderung einer schnellen Industrialisierung in den Entwicklungsländern;
  - — Unterstützung bei der Anwendung moderner Methoden der Produktion und der Planung;
  - — Aufbau und Unterstützung von Institutionen sowie des Verwaltungsapparats im Bereich industrieller Technologie, der Verfahrenstechnik und Planung;
  - — Verbreitung von Informationen über neue Technologien und Verfahrenstechniken;
  - — Unterstützung der Verwaltungsapparate bei der Aufstellung industrieller Entwicklungsprogramme;
  - — Unterstützung bei der Beschaffung von finanziellen Mitteln zur Durchführung industrieller Projekte;
  - — Zusammenarbeit mit allen Organisationen und Einrichtungen im System der Vereinten Nationen.

Dieser ursprüngliche Aufgabenkatalog spiegelt noch recht deutlich ein weitgehend orthodoxes Verständnis von Industrialisierung wider. Die durch die industrielle Produktion erzielten Fortschritte besonders in den westlichen Industrienationen, (aber auch im Ostblock) prägten weitgehend das Bild von der anzustrebenden Industrialisierung der Dritten Welt. Die Probleme des Technologietransfers, die Verschiedenheit der Produktions- und der gesamten sozio-ökonomischen wie kulturellen Rahmenbedingungen fanden in dieser Konzeption noch keinen nennenswerten Niederschlag. Stattdessen stand die Industrialisierung an sich im Vordergrund, ohne daß ihre Aufgabe und ihr Stellenwert im gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kontext hinterfragt worden wäre. Industrialisierung er-



Unter anderem über Abrüstungsfragen und Mittelamerika unterhielten sich Bundespräsident Karl Carstens und UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar bei ihrer Begegnung am Sitz der Vereinten Nationen am 13.Oktober 1983. An diesem Tage ergriff erstmals ein deutsches Staatsoberhaupt das Wort vor der Generalversammlung; die Ansprache des Bundespräsidenten ist auf S. 25f. dieser Ausgabe wiedergegeben.

schien wohl zum damaligen Zeitpunkt als Schlüssel zu jeglicher wirtschaftlichen Entwicklung und zur Überwindung der Unterentwicklung.

Daß die UNIDO selbst freilich keineswegs auf dem Stand von 1965 stehengeblieben ist, beweisen ihre Aktivitäten im Bereich angepaßter Technologie und auf dem Gebiet alternativer industrieller Energiegewinnung; es wird nicht zuletzt auch in neueren Publikationen deutlich. So stellt die UNIDO in ihrer 1979 veröffentlichten Schrift ›Industry 2000 — New Perspectives‹[5] eine neue Strategie endogener Industrialisierung den herkömmlichen Strategien der importsubstituierenden oder exportorientierten Industrialisierung gegenüber. Diese ›endogenous industrialization‹, die als binnenorientierte oder nach innen gerichtete Industrialisierung zu verstehen ist, soll sich stärker an den Massenbedürfnissen orientieren, Wirtschaftswachstum innerhalb des Landes induzieren und zu einer weitgehend selbständigen Industrieproduktion beitragen.

Als internationale Organisation kann sich die UNIDO einer Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen und vielfach kontroversen Entwicklungsstrategien nicht entziehen. Dies erleichtert ganz sicher nicht die Entwicklung eines homogenen Selbstverständnisses der Organisation. In der Verfassung der künftigen Sonderorganisation wurde das Aufgabenfeld der UNIDO neu definiert und besonders auch im Hinblick auf die Anliegen der Entwicklungsländer und im Sinne einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung revidiert. Folgende Aufgabenbereiche stehen nun im Mittelpunkt:

> Förderung und Ausweitung der Hilfe an Entwicklungsländer zur Entwicklung, Ausdehnung und Modernisierung ihrer Industrien;
> Förderung der Entwicklungsländer beim Aufbau und Betrieb von Industrien, um lokal verfügbare natürliche und menschliche Ressourcen voll zu nutzen und zur Eigenständigkeit dieser Länder beizutragen;
> Übernahme der Rolle als Forum und Instrument für Kontakte, Fachgespräche und Verhandlungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern;
> Entwicklung von Sondermaßnahmen, um die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu fördern.

War die alte Aufgabenstellung aus der Gründungszeit noch sehr von einem mechanistischen Industrialisierungsverständnis und einem einseitigen Transfer von den industrialisierten in die nicht-industrialisierten Länder geprägt, so spiegelt die Verfassung von 1979 eine differenziertere Sicht und ein gestärktes Selbstbewußtsein der Dritten Welt wider; dies läßt hoffen, daß in Zukunft insbesondere der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander an Bedeutung gewinnen.

In der Durchführung von Maßnahmen ist die UNIDO weltweit aktiv; ihre Arbeitsschwerpunkte setzt sie, ihrem Auftrag entsprechend, in den weniger industrialisierten Kontinenten, also Asien und Afrika. Der Projekthaushalt belief sich 1982 auf 91,9 Mill US-Dollar[6] und diente der Finanzierung von 1 510 Projekten. Die meisten Projekte, nämlich 968, lagen unterhalb der Kostenschwelle von 150 000 Dollar, 415 Projekte zwischen 150 000 Dollar und 1 Mill; 127 Projekte überschritten die Schwelle von 1 Mill Dollar. 36,7 vH aller Ausgaben entfielen auf Maßnahmen in Asien und im Pazifik, 33,7 vH auf solche in Afrika, 12,7 vH auf Maßnahmen in arabischen Ländern (einschließlich der nordafrikanischen arabischen Länder, die bereits unter der Rubrik ›Afrika‹ berücksichtigt sind) und 11,7 vH der Ausgaben dienten der Durchführung von Projekten in Mittel- und Südamerika. Weltweite und interregionale Maßnahmen wurden mit einem Anteil von 8,4 vH gefördert, während für Projekte in Europa lediglich 3,9 vH ausgegeben wurden.

Nach Sektoren und Fachbereichen gegliedert lagen die Ausgaben 1982 anteilmäßig wie folgt:

Chemische Industrie	20,6 vH
Maschinenbau	15,3 vH
Agrarindustrie	13,3 vH
Infrastrukturmaßnahmen	12,9 vH
Metallverarbeitung	10,0 vH
Aus- und Fortbildung	7,3 vH
Wirtschaftlichkeitsstudien	5,2 vH
Industrieplanung	4,7 vH
Aufbau und Führung von Betrieben	4,0 vH
sonstige Bereiche	6,7 vH
	100

Schlüsselt man die Gesamtausgaben nach Kostenarten auf, so entfielen mit einem Anteil von 48,2 vH fast die Hälfte aller Ausgaben auf Projektpersonal, 26,6 vH auf die Beschaffung von Ausrüstung, 10,1 vH auf Zulieferverträge und 13 vH auf Stipendien und Ausbildungsprogramme. Ein kleiner Rest von 2,1 vH wurde für Sonstiges verwandt. Dabei wird deutlich, daß die Kosten für Projektpersonal und Ausbildungsmaßnahmen recht hoch liegen, während die Beschaffung von Ausrüstung nur einen relativ bescheidenen Anteil einnimmt.

Die UNIDO engagiert sich freilich nicht nur in konkreten Projekten, sondern führt auch flankierende Maßnahmen durch und stellt übergreifende Dienstleistungen zur Verfügung wie etwa

— globale, regionale und sektorale Industriestudien;
— Beschaffung von Informationen über Produktions- und Verfahrenstechniken durch die Informationsbank für Industrie und Technik (INTIB);
— Technologietransfer und -entwicklung;
— Vermittlung von Investitionsmöglichkeiten (Investment Promotion Service) zwischen Unternehmen aus Industrie- und Entwicklungsländern durch spezielle Kontaktbüros in verschiedenen Industrieländern (so in New York, Paris und Köln);
— Industriefachtagungen;
— Tagungen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern;
— Sondermaßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder;
— Durchführung des Sonderprogramms zur Industrialisierung Afrikas (›Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas‹);
— Schwerpunktprogramme zu Energiefragen und zur Finanzierungsvermittlung.

Stellt man den Projekthaushalt dem regulären Haushalt der UNIDO (1982 45,4 Mill Dollar) gegenüber, so ergibt sich eine Relation von 2 zu 1, wobei allerdings darauf hingewiesen werden muß, daß der reguläre Haushalt auch zur Finanzierung von Ausbildungsprogrammen, zur Forschung und für Sonderberatungsdienste herangezogen wird.
Während der reguläre Haushalt der UNIDO bis zur Umwandlung in eine Sonderorganisation im Gesamtbudget der Vereinten Nationen enthalten ist, wird er danach durch eigene Pflichtbeiträge der Mitgliedstaaten finanziert. Der Projekthaushalt beruht auf freiwilligen Beiträgen. Der weitaus größte Teil davon, etwa 75 vH, wird der UNIDO nicht unmittelbar, sondern über das UNDP zur Verfügung gestellt. Lediglich etwa 13 vH der gesamten Maßnahmen werden durch den 1976 eingerichteten und von der UNIDO selbst verwalteten Industriellen Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen (UNIDF) finanziert. Obwohl dieser Fonds eigentlich schon ein jährliches Volumen von 50 Mill Dollar hätte erreichen sollen, blieb er bislang aufgrund unzureichender freiwilliger Beiträge auf einem jährlichen Niveau von etwa 12 Mill Dollar stehen. Daneben tragen noch Treuhandfonds einzelner Mitgliedsländer für spezifische Projekte einen Anteil von knapp 10 vH zur Programmfinanzierung bei.

Die UNIDO-Praxis: Fallbeispiel Kenia

Kenia, das eigentlich Gastland für UNIDO IV sein sollte, verfügt bei einer Gesamtfläche von rund 580 000 qkm und einer 18-Millionen-Bevölkerung über etwa 150 000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, die hauptsächlich in der Hauptstadt Nairobi sowie dem unweit davon gelegenen Industriezentrum Thika und in der Hafenstadt Mombasa verfügbar sind. Mit einem Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt von 13 vH fällt ihm in Kenia eine sichtbar größere Rolle zu als etwa in den beiden Nachbarländern Tansania und Uganda, wo das verarbeitende Gewerbe lediglich einen Beitrag von 9 vH bzw. 5 vH zum Bruttoinlandsprodukt beisteuert[7].
Zahlreiche transnationale Unternehmen, darunter ›British American Tobacco‹, ›Bata‹, ›Firestone‹ und ›Hoechst‹ sowie auch weniger große Firmen aus den traditionellen Industrieländern haben den Industriesektor mit ihren Tochterbetrieben und Markenartikeln bereits weitgehend geprägt. Während im Lande ansässige Inder schon seit einiger Zeit zahlreiche mittelständische Industriebetriebe aufgebaut haben, ist die Zahl von Industriebetrieben in kenianischer Hand noch sehr begrenzt. Letztere können sich kaum des Konkurrenzdrucks erwehren und müssen sich weitgehend auf Marktnischen beschränken. Innerhalb des Industriesektors spielt die Erzeugung von Nahrungs- und Genußmitteln (einschließlich von Getränken wie Bier und Colagetränken) die Hauptrolle. Daneben sind die chemische Industrie (einschließlich der Erdölraffinerien) und metallverarbeitende Betriebe von Bedeutung.
Die auf den ersten Blick erstaunlich große Palette von Industrieprodukten ›Made in Kenya‹ erweist sich allerdings bei genauerer Betrachtung als Trugbild, denn vom gesamten industriellen Produktionsprozeß — von der Forschung über die Produktentwicklung bis hin zum Marketing — findet, abgesehen von Ausnahmen, lediglich die Endverarbeitung in Kenia statt. Technologie und Halbfabrikate werden genauso importiert wie die für den Produktionsprozeß verwandte Maschinerie. Die Wertschöpfung im kenianischen Industriesektor erreicht deshalb nur einen Anteil von durchschnittlich etwa 20 vH des gesamten Produktionswertes. Die jährliche Wertschöpfung pro industrieller Arbeitskraft schwankte 1977 zwischen etwa 2 700 DM in der Leder- und Schuhindustrie und etwa 10 000 DM in der Metallverarbeitung; sie lag im Durchschnitt aller Industriebranchen bei ca. 5 500 DM[8].
Die durchschnittliche Größe der Industriebetriebe liegt bei nur 12 Arbeitskräften; dies dürfte einerseits auf kapitalintensive Verfahren und andererseits auf eine Vielzahl — nach unseren Begriffen — handwerklicher Industriebetriebe zurückzuführen sein. Die Verflechtung innerhalb des Industriesektors ist noch recht bescheiden, wenngleich es bereits Zulieferbetriebe für die Kraftfahrzeugmontage gibt, die Reifen, Sitze und elektrische Teile beisteuern. Die Qualität der lokal hergestellten Industrieprodukte liegt deutlich unter dem Niveau der Industrieländer, und in einzelnen Branchen ist die Qualität so niedrig, daß das Vertrauen in den Industrialisierungsprozeß erheblich belastet wird.
Aufgrund des hohen privatwirtschaftlichen Engagements beim Aufbau von Produktionsanlagen hat sich die UNIDO in ihren Maßnahmen in Kenia weitgehend darauf konzentriert, die planenden und koordinierenden staatlichen Stellen zu unterstützen, anwendungsorientierte industrielle Forschung zu fördern und Maßnahmen im Bereich der Qualitätskontrolle zu unterstützen. In Ausnahmefällen und auf besondere Anforderung hin hat sie aber auch halbstaatliche Produktionsbetriebe entweder im Aufbau oder im Management unterstützt.

Innerhalb der letzten fünf Jahre (1979–1983) wurden Maßnahmen auf folgenden Ebenen durchgeführt bzw. in Angriff genommen:

Regierungsebene

Unterstützung und Beratung des Industrieministeriums bzw. des ›Industrial Survey and Promotion Center‹ durch einen Stab von vier Experten und zahlreiche Kurzzeitexperten in der industriellen Rahmenplanung, Koordinierung der Industrieansiedelung, Verfahrenstechnik und Vermarktung sowie Erstellung von Durchführbarkeitsstudien für diverse Branchen, z.B. Hohlglas, Stahl, Reifen, Jojobaverarbeitung, Biogasanlagen (Finanzierung durch das UNDP).

Staatliche und halbstaatliche Institutionen der Industrieförderung

- Aufbau und Unterstützung eines Universitätsinstituts für industrielle Forschung und Beratung durch einen Experten und einen beigeordneten Sachverständigen mit den Schwerpunkten Förderung der ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung, Erforschung angepaßter Technologie und Beratung in Verfahrenstechnik (Finanzierung durch das UNDP).
- Unterstützung eines industriellen Forschungs- und Erprobungsinstituts in der Technologie der Lederverarbeitung mit dem Ziel der Qualitätsverbesserung auf allen Verarbeitungsstufen durch einen Experten und Laborausstattung (Finanzierung durch einen Treuhandfonds der Bundesrepublik Deutschland).
- Unterstützung der ›Kenya Industrial Estates‹, einer Einrichtung zur Förderung afrikanischer industrieller Kleinbetriebe, durch vier Experten beim Aufbau von Industrieparks und in Fragen der Finanzierung (Finanzierung durch das UNDP).
- Unterstützung der ›Kenya Industrial Estates‹ in der Entwicklung und Herstellung von windbetriebenen Pumpanlagen in industriellen Kleinbetrieben durch einen Experten und einen Entwicklungshelfer sowie Material (Finanzierung durch das UNDP).

Öffentliche Unternehmen

- Beratung eines staatlichen Unternehmens beim Aufbau einer Düngemittelfabrik zur Herstellung bislang nicht im Lande produzierter Düngemittel, nachdem bereits zuvor der Aufbau in einem ›joint venture‹ mit einer ausländischen Kapitalgesellschaft gescheitert war und zu erheblichen Verlusten auf kenianischer Seite geführt hatte (Finanzierung durch das UNDP).
- Zeitweise Managementberatung einer staatlichen Fabrik zur Schweinefleischverarbeitung durch einen Experten, um das Unternehmen aus der Verlustzone herauszuführen; es ist dabei anzumerken, daß der in privater Hand befindliche Konkurrenzbetrieb zum gleichen Zeitpunkt ohne Verluste arbeitete (Finanzierung durch das UNDP).

Sonstige Maßnahmen

- Ein bei der Forstbehörde eingerichtetes Projekt diente der Entwicklung vorgefertigter Holzbrücken: Einsatz eines Experten, eines beigeordneten Sachverständigen und Lieferung einer kompletten Werkstattausrüstung (Finanzierung durch das UNDP).
- Erprobung von Kleintraktoren durch einen Experten in einem Testzentrum für landwirtschaftliche Geräte und Maschinen (Finanzierung durch einen französischen Treuhandfonds).

Es ist wohl unschwer ersichtlich, daß sich die meisten UNIDO-Projekte auf Bereiche konzentrieren, die für privates unternehmerisches Engagement ungeeignet oder nicht attraktiv sind. Allerdings ergeben sich durchaus Berührungspunkte mit privatwirtschaftlichen Interessen, etwa bei dem Aufbau einer Dün-

gemittelfabrik oder dem Management der Fleischverarbeitungsfabrik, die in Konkurrenz zu einem besser geführten Privatbetrieb steht.

Zwischen bilateralen, multilateralen und privaten Agenturen

Vermutlich befindet sich keine andere Organisation des Systems der Vereinten Nationen so stark in Konkurrenz zu zahlreichen nationalen und internationalen Organisationen sowie zu Privatunternehmen wie die UNIDO. Gerade das Gebiet der Industrialisierung der in dieser Hinsicht bislang wenig entwickelten Staaten Afrikas, Asiens, aber auch Lateinamerikas und einzelner Regionen Europas bietet den unterschiedlichsten Organisationen und Firmen Gelegenheit, aktiv zu werden und dabei ihre verschiedenartigen Zielsetzungen zu verfolgen. Man denke dabei nur an die transnationalen Konzerne mit ihren Zweigbetrieben überall auf der Welt, an die internationalen Entwicklungsbanken — insbesondere die Weltbankgruppe einschließlich der für die Industrialisierung höchst bedeutsamen Internationalen Finanzkorporation —, an kontinentale Entwicklungsbanken wie die Afrikanische Entwicklungsbank oder an die Europäische Investitionsbank der Europäischen Gemeinschaft, die Mitgliedsländer der Lomé-Konvention bedient; daneben führen zahlreiche bilaterale Förderinstitutionen Maßnahmen zur industriellen Entwicklung durch. Im Bereich der Bundesrepublik Deutschland wäre besonders die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) zu nennen, die im Rahmen ihrer Technischen Hilfe vor allem Know-how zur Verfügung stellt, oder die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (DEG), die zu Auslandsinvestitionen bereite Firmen aus der Bundesrepublik mit interessierten Unternehmern in Übersee in Kontakt bringt und beim Aufbau gemeinsamer Industriebetriebe durch sachverständige Beratung und die Vermittlung von Finanzierungen unterstützt. Neben diesen bilateralen und multilateralen öffentlichen Organisationen steht nach wie vor privates unternehmerisches Engagement im Vordergrund der Industrialisierung, sei es, daß mittelständische Betriebe einen Zweigbetrieb in Übersee aufbauen oder transnationale Unternehmen eine Tochterfirma gründen. Nicht zuletzt sind auch zahlreiche Consultingfirmen in privatem und öffentlichem Auftrag aktiv. In Kenia, das wir als Fallbeispiel ausgewählt hatten, finden sich so gut wie alle Formen der industriellen Zusammenarbeit. Hier fertigen weltweit operierende Firmen Konsumgüter des mittleren bis gehobenen Bedarfs nach europäischem Geschmacksmuster, finanzieren Entwicklungsbanken den Aufbau mittelständischer Industrien und beraten Experten die Regierungsbehörden beim Aufbau einer Industrialisierungsstrategie. Nicht selten treffen Maßnahmen unterschiedlicher Organisationen aufeinander oder werden parallel nebeneinander durchgeführt. So erfuhr im Jahre 1981 das kenianische Industrieministerium — es war 1979 aus dem Ministerium für Handel und Industrie herausgelöst und 1983 wieder eingegliedert worden — Unterstützung von nationalen Entwicklungsorganisationen aus vier Ländern sowie von der UNIDO; die halbstaatliche Behörde zur Förderung der Kleinindustrie (Kenya Industrial Estates), die Industrieparks in fast allen größeren urbanen Zentren unterhält, erhielt Unterstützung von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der GTZ, der norwegischen Entwicklungsorganisation NORAD, dem Europäischen Entwicklungsfonds und der UNIDO.

Da stellt sich natürlich die Frage, ob es überhaupt noch einer speziellen Organisation für Industrialisierung im UN-System bedarf, ob dieses Feld nicht zum Teil sogar erfahreneren Entwicklungsorganisationen überlassen werden kann. Diese Frage sollte freilich nicht voreilig beantwortet werden, denn die Industrialisierung hat viele Facetten, und in den einzelnen Ländern sind Firmen, Institutionen und Behörden auf unterschiedlichen Ebenen involviert. Die wohl bedeutendsten Formen der industriellen Zusammenarbeit sind:

- direkte Auslandsinvestitionen von Industrieunternehmen aus den traditionellen Industrieländern;
- ›joint ventures‹ zwischen Firmen aus Industrieländern und privaten oder öffentlichen Unternehmen im Entwicklungsland mit beiderseitiger Beteiligung;
- Kapitalhilfe/Finanzierung, d. h. Gewährung von Investitionskrediten;
- Technische Hilfe beim Aufbau und Betrieb von Industriebetrieben durch Bereitstellung von Experten;
- Technologietransfer und Technologieentwicklung;
- Unterstützung der Entwicklungs- und Strategieplanung durch Berater;
- Unterstützung beim Aufbau einer Qualitätskontrolle und der Standardisierung;
- Förderung der Aus- und Fortbildung von Fachkräften und Managern aus Entwicklungsländern.

Aufgrund des weiten Feldes industrieller Zusammenarbeit besteht durchaus Raum für die Durchführung von Maßnahmen sowohl aufgrund privatwirtschaftlicher Initiative als auch auf bilateraler und multilateraler öffentlicher Basis. Die UNDP-Büros in den einzelnen Ländern bemühen sich zumindest darum, die Maßnahmen der internationalen öffentlichen Hilfe zu koordinieren, indem regelmäßig Vertreter der verschiedenen Entwicklungshilfeinstitutionen zu sogenannten Geber-Treffen eingeladen werden; wie die Praxis zeigt, bietet das aber noch keine Garantie, daß Überschneidungen völlig ausgeräumt werden.

In Kenia haben vor allem ausländische Direktinvestitionen, also das privatwirtschaftliche Engagement, den Aufbau eines beachtlichen Industriesektors ermöglicht und über die Importsubstitution hinaus sogar Kenia in die Lage versetzt, Industrieerzeugnisse in Nachbarländer zu exportieren. Doch hat die Industrialisierung auch neue Probleme mit sich gebracht und manche alte nicht wie erhofft beseitigt. So wurden durchweg weniger Arbeitsplätze als erwartet und erforderlich geschaffen, da in vielen Betrieben mit kapitalintensiver Technologie produziert wird; die Wertschöpfung im kenianischen Industriesektor ist gering, da viele Vor- und Zwischenprodukte ebenso wie die Produktionsmittel gegen teure, durch agrarischen Export erwirtschaftete Devisen eingeführt werden müssen und lediglich die Endfertigung im Lande stattfindet; nicht zuletzt ist auch der stimulierende Einfluß auf den wichtigsten Sektor, nämlich die Landwirtschaft, ausgeblieben. Führt man sich dann noch gelegentliche Praktiken mancher transnationaler Unternehmen vor Augen, die in einem Tochterbetrieb in der Dritten Welt Pharmazeutika herstellen[9], die bereits in den Industrieländern vom Markt verbannt sind, so kommen doch einige Zweifel auf, ob sich die Entwicklungsländer allein auf unternehmerische Privatinitiative bei ihrer Industrialisierung verlassen können.

Und gerade hier, beim Vertrauen vieler Regierungen in der Dritten Welt auf das privatwirtschaftliche Engagement, kann eine internationale Organisation wie die UNIDO helfen, euphorisch aufgenommene Investitionspläne zu versachlichen und umfassend zu beleuchten. Um die betriebswirtschaftliche Rentabilität sorgen sich die Investoren selbst, doch die Sorge um den gesamtwirtschaftlichen Nutzen ist nicht mehr ihr Hauptanliegen (Entsprechendes gilt natürlich auch für den gesamtgesellschaftlichen Schaden — etwa durch Umweltschäden). Dafür müssen die Regierung und ihre entsprechenden Institutionen Sorge tragen. Sie müssen prüfen, ob eine Investition wirklich Arbeitsplätze schafft, ob sie wirklich die Devisenbilanz verbessert, ob sie wirklich zur Förderung anderer Sektoren, insbesondere des dominanten Agrarsektors, beiträgt. Diese Aufgaben kann ihnen kein privater Investor abnehmen, selbst wenn er entsprechende Gutachten vorlegt.

Leider sind bislang sehr viele Regierungen in der Dritten Welt diesen Aufgaben nicht gewachsen, weil sie bislang über zu wenige oder nur unzureichend erfahrene Fachkräfte verfügen. Hier kommt die Stärke der UNIDO zum Tragen, erfahrene Experten nicht nur aus Industrieländern, sondern auch aus den eigenen Reihen der Dritten Welt — aus industriell weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern — zur Verfügung stellen zu können. Auf diese Weise wird die herkömmliche Einbahnstraße

des Nord-Süd-Transfers aufgehoben, bietet sich eine Gelegenheit, die Süd-Süd-Kooperation vom Programmziel zur Realität werden zu lassen.

Anmerkungen

1 Auf die UNIDO ist diese Zeitschrift mit folgenden Aufsätzen eingegangen: Eberhard Kurth, Vereinte Nationen fördern industriellen Aufbau in Entwicklungsländern. Neue UN-Organisation für industrielle Entwicklung, VN 3/1967 S.83ff.; ders., Arbeit der UNIDO gewinnt Konturen. UN-Organisation für industrielle Entwicklung leitet Phase der Konsolidierung ein, VN 3/1968 S.75ff.; ders., Neue Internationale Wirtschaftsordnung im Industriebereich? UNIDO-Generalkonferenz in Lima wirft ihre Schatten voraus, VN 1/1975 S.10ff.; ders., Lima-Konferenz — Kein Konsensus, aber Abbau der Konfrontation. UNIDO-Generalkonferenz verabschiedet Deklaration und Aktionsprogramm über industrielle Entwicklung und Kooperation, VN 3/1975 S.74ff.; Markus Timmler, Das Gebot der Stunde. Anmerkungen zur UNIDO-Konferenz in Lima, VN 3/1975 S.78ff.; Thomas W. Wälde, Neue Instrumente der internationalen Industrie-Kooperation, VN 6/1979 S.189ff.; Dietrich Kebschull, Entwicklungsländer-Industrialisierung bleibt dringlich. Denkpause nach dem Scheitern von UNIDO III, VN 3/1980 S.83ff.
2 Hierzu die Darstellung in VN 3/1979 S.104ff. Vgl. auch Rüdiger Wolfrum, Neue Elemente im Willensbildungsprozeß internationaler Wirtschaftsorganisationen. Strukturelle Neuerungen in den Satzungen von IFAD, UNIDO und Gemeinsamem Fonds, VN 2/1981 S.50ff.
3 UN-Doc. A/Res/2152(XXI); Text: VN 3/1967 S.100f.
4 Siehe Anm.2.
5 UN-Doc. ID/237.
6 UN-Doc. ID/B/300 v.3.2.1983 (Annual Report of the Executive Director, 1982).
7 Siehe hierzu die vom Statistischen Bundesamt in der Reihe ›Statistik des Auslandes‹ herausgegebenen Länderberichte Kenia (1982), Tansania (1982) und Uganda (1983).
8 Berechnet nach: Republic of Kenya, Statistical Abstract 1980, Nairobi 1980, S.134.
9 Ulrich Leffler, Das wahre Mittel! Gefährliche Medikamente in einem Entwicklungsland — das Beispiel Kenia, in: der überblick, Heft 4/1983, S.24ff.

Die Weisen von Washington, New York und Genf

Wirtschaftsberichterstattung im UN-System – eine Grundlage für die Weltwirtschaftspolitik?

KARL WOHLMUTH

»Wenn man sich mitten in einem Sturm befindet, ist es zugegebenermaßen äußerst schwierig zu sagen, was ihn verursacht hat«, heißt es in dem ersten Band des ›Weltarbeitsberichts‹, den die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) vor wenigen Wochen, Mitte Januar 1984, in Genf der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Wenn die ILO sich jetzt trotzdem mit einer Studie hervorgewagt hat, so zeigt dies zum einen an, daß gerade inmitten der weltwirtschaftlichen Gewitterlage der Bedarf an Analysen und Handreichungen groß ist, zum anderen, daß nun auch die traditionsreichste der im ökonomischen und sozialen Bereich tätigen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen den Brauch periodischer Wirtschaftsberichterstattung übernehmen will.

In der Tat ist es seit längerem üblich, daß Einrichtungen der Weltorganisation entsprechende Berichte vorlegen. Besondere Aufmerksamkeit hat diese eher trockene Materie aber nicht vor 1978 gefunden, als die Weltbank erstmals den ›Weltentwicklungsbericht‹ (von Anfang an übrigens auch in deutscher Sprache) vorlegte. Die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), ein Spezialorgan der UN-Generalversammlung, zog 1981 mit dem ›Handels- und Entwicklungsbericht‹ nach. Offensichtlich sind immer mehr Einrichtungen und Sonderorganisationen des Systems der Vereinten Nationen dazu übergegangen, ihre eigene Interpretation der Lage und der Perspektiven abzugeben. Mittlerweile fällt es selbst dem Fachmann schwer, den Überblick über die oft publikumswirksam präsentierten zahlreichen Reports — vom ›Weltagrarbericht‹ der Sonderorganisation FAO bis zum ›Weltbevölkerungsbericht‹ oder ›Weltkinderbericht‹ der Spezialorgane UNFPA und UNICEF — zu behalten. Diese Situations- und Jahresberichte geben wichtige Hinweise auf die Konsequenzen, die sich aus der weltwirtschaftlichen Lage für spezifische Bereiche der globalen Entwicklung ergeben; sie sind aber nicht als Weltwirtschaftsberichte im engeren Sinne anzusehen.

Als solche werden in diesem Beitrag folgende acht Berichte betrachtet, die — Pflichtlektüre für all jene, die mit weltwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Fragen und Perspektiven befaßt sind — über die ökonomische und soziale Lage der Welt informieren und zum Teil auch einen Ausblick auf die künftige Entwicklung geben:

— *Weltwirtschaftsüberblick der Vereinten Nationen.* Berücksichtigt wurden: World Economic Survey 1983. Current Trends and Policies in the World Economy, UN Publ. E.83.II.C.1; World Economic Survey 1981–1982, UN Publ. E.82.II.C.1 (mit Ergänzungsband: Supplement to World Economic Survey 1981–1982, UN Publ. E.82.II.C.2). Nachfolgend als *WES* abgekürzt.
— *Bericht der Vereinten Nationen über die Weltsoziallage.* Berücksichtigt wurden: 1982 Report on the World Social Situation, UN Publ. E.82.IV.2; 1978 Report on the World Social Situation, UN Publ. E.79.IV.1 (mit Ergänzungsband: Supplement to the 1978 Report. Patterns of government expenditure on social services, UN Publ. E.79.IV.3). Abkürzung: *RWSS.*
— *Bericht des Generalsekretärs über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit.* Development and International Economic Co-operation. Long-term trends in economic development. Report of the Secretary-General, UN-Doc. A/37/211 v. 26.5.1982. Abgekürzt als ›General Secretary's Report‹, *GSR.*
— *Bericht des Ausschusses für Entwicklungsplanung.* Committee for Development Planning. Report on the Nineteenth Session (18–27 April 1983), UN-Doc. E/1983/16, und die beiden Arbeitsgruppenberichte des Ausschusses:
  — Prospects and Policies for Sustained Recovery and Restoration of Development. Recovery and Development (Ohlin-Gruppe), UN-Doc. E/AC.54/1983/L.1 v. 24.3.1983,
  — Options for the Developing Countries. Reactivation and structural change, UN-Doc. E/AC.54/1983/L.2 v. 8.4.1983 (Furtado-Gruppe).
  Abkürzung: *RCDP.*
— *Handels- und Entwicklungsbericht der UNCTAD.* Berücksichtigt wurden: Trade and Development Report, 1983 (Part I: The Current World Economic Crisis, Doc. UNCTAD/TDR/3 (I) v. 7.9.1983; Part II: Economic Co-operation among Developing Countries, Doc. UNCTAD/TDR/3 (II) v. 5.10.1983); Trade and Development Report, 1982, UN Publ. E.82.II.D.12; Trade and Development Report, 1981, UN Publ. E.81.II.D.9. Abkürzung: *TDR.*
— *Weltentwicklungsbericht der Weltbank.* Berücksichtigt wurden die Weltentwicklungsberichte 1983, 1982 und 1981. Abgekürzt als ›World Development Report‹, *WDR.*
— *Weltwirtschaftsausblick des IMF* (Internationaler Währungsfonds). Berücksichtigt wurden: World Economic Outlook. A Survey by the Staff of the International Monetary Fund. Occasional Paper No.21, May 1983, und World Economic Outlook. Occasional Paper No.9, April 1982. Abkürzung: *WEO.*
— *Welthandelsbericht des GATT* (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen). Berücksichtigt wurden: International Trade 1982/83, Geneva 1983; International Trade 1981/82, Geneva 1982. Abkürzung: *IT.*

Angesichts dieser Fülle an Information ist es an der Zeit, Inhalt, Aufbau, Funktion und innere konzeptionelle und theoretische Zusammenhänge der Berichte zu analysieren.